

Sächsische Elbzeitung

Tageblatt für die

Sächsische Schweiz

Enthält die amtlichen Bekanntmachungen für den Stadtrat, das Amtsgericht, das Hauptzollamt Bad Schandau und das Finanzamt Sebnitz. — Bankkonten: Stadibank — Stadigirokassa Nr. 12 — Ostsächsische Genossenschaftsbank Zweigniederlassung Bad Schandau — Postcheckkonto: Dresden 33 327

Fernsprecher: Bad Schandau Nr. 22 — Drahtanschrift: Elbzeitung Bad Schandau

Erscheint täglich nachm. 5 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis (in RM.) halbjährlich ins Haus gebracht 80 Pfg., für Selbstabholer 80 Pfg., Einzelnummer 10 bzw. 15 Pfg. — Bei Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Nachforderung vor



Lageszeitung für die Landgemeinden Altendorf, Kleingießhübel, Kleinhennersdorf, Krippen, Lichtenhain, Mittelndorf, Ostrau, Porchdorf, Postelwitz, Proffen, Rathmannsdorf, Reinhardtswitz, Schmilka, Schöna, Waltersdorf, Wendischfähre, sowie für das Gesamtgebiet der Sächsischen Schweiz

Druck und Verlag: Sächsische Elbzeitung, Alma Hiele, Inh. Walter Hiele
Verantwortlich: K. Kohnlapper

Anzeigenpreis (in RM.): Die 7gespaltene 35 mm breite Petitzeile 15 Pfg., für auswärtige Auftraggeber 20 Pfg., 85 mm breite Reklamezeile 80 Pfg., Tabellarischer Satz nach besonderem Tarif. — Bei Wiederholungen wird entsprechender Rabatt gewährt. Anzeigenannahme für alle in- und ausländischen Zeitungen

Ständige Wochenbeilagen: „Unterhaltung und Wissen“, „Unterhaltungsbeilage“, „Das Leben im Bild“
„Aus der Welt der Frau“, „Illustrierte Sonntagsbeilage“

Nichterscheinen einzelner Nummern infolge höherer Gewalt, Streik, Aussperrung, Betriebsstörung usw. berechtigt nicht zur Kürzung des Bezugspreises oder zum Anspruch auf Lieferung der Zeitung

Nr. 87

Bad Schandau, Mittwoch, den 13. April 1927

71. Jahrgang

Truppenzusammenziehung im Fernen Osten

Mobilisierung in Japan

Sehr ernste Lage in China.

Die Vorgänge in China rufen jetzt auch in Japan starke Nervosität hervor. Die Tokioter Presse vertritt die Meinung, daß infolge des gegenwärtigen Standes der Beziehungen zwischen Moskau und Peking eine sehr ernste Lage entstanden sei, durch die Japan vielleicht in Mitleidenschaft gezogen würde, wenn auch Moskau wohl nicht eine Entscheidung durch Waffengewalt suchen werde. Wie nervös man in Tokio geworden ist, geht daraus hervor, daß weitere vier japanische Torpedobootszerstörer angewiesen worden sind, sich zur Ausreise nach Schanghai bereitzuhalten.

Der Sonderberichterstatter des „Daily Telegraph“ meldet aus Schanghai: Die Haltung der Japaner beansprucht das stärkste Interesse, da alle Anzeichen auf eine allgemeine Mobilisierung des japanischen Heeres hinweisen. Der Berichterstatter fragt, ob man eine offene Kriegserklärung gegen Rußland erwarten müsse oder ob die mobilisierten Kräfte nur für eine Veränderung im engeren Rahmen bestimmt seien. Die japanischen Einwohner in Hankau sandten ein Ultimatum an ihre Regierung und forderten, daß eine Expeditionskreuzkraft sofort abgeschickt werde, um das ihnen zugefügte Unrecht zu sühnen. Der Korrespondent schließt: Die allerersten Wochen werden Ereignisse von größter Bedeutung im Fernen Osten sehen.

Gleichsam, um diese Prophezeiung zu bestätigen, weiß der „Daily Telegraph“ weiter aus Peking zu melden, daß große japanische Verstärkungen in der mandchurischen Eisenbahnhzone eingetroffen sind. Nach einer Meldung der „Daily Mail“ werden große russische und chinesische Truppenkontingente an der sibirischen Grenze zusammengezogen.

Keine Räumungsabsichten der Chinadeutschen.

Die Nachrichten, daß die Deutschen in China einzelne Plätze im Innern, insbesondere in Hankau, zu räumen gedächten, entsprechen nicht den Tatsachen. Nach Telegrammen, die beim Ostasiatischen Verein Hamburg-Bremen aus Tschanfu, der Hauptstadt der Provinz Schantung, aus Schanghai eingelaufen sind, sind die Deutschen in Tschanfu und Hankau vollzählig an diesen Plätzen geblieben und haben auch nicht die Absicht, diese Plätze zu verlassen.

„Daily Mail“ berichtet aus Peking: Die gelegentlich der letzten Durchsichtung im russischen Votschaftsgebäude verhafteten Russen sind freigelassen worden. Der Stab der russischen Votschaft fährt am Sonnabend nach Rußland ab.

Entwaffnung der Arbeiterschaft in Schanghai.

Nach einer Meldung der Zentral News haben die nationalchinesischen Truppen in Schanghai mit der Entwaffnung der mit Waffen versehenen Arbeiter begonnen, die heftigen Widerstand leisteten. In der vergangenen Nacht wurde das Hauptquartier der Arbeitergewerkschaft regelrecht belagert. Die Verteidiger unterhielten während der ganzen Nacht Gewehrfeuer. Bei den Kämpfen wurden 13 Arbeiter getötet, während die Nationalisten nur 1 Toten zu beklagen hatten.

Japans Vorbereitungen in der Mandchurei.

Die Verwaltung der sübmandchurischen Eisenbahn soll, wie aus Moskau gemeldet wird, rollendes Material für den Trans-

port japanischer Truppen bereit gestellt haben. Der japanische Generalkonsul in Chharbin habe eine außerordentliche Sitzung der japanischen Konsuln in der Mandchurei einberufen. Der Oberbefehlshaber der chinesischen Truppen im Bereiche der chinesischen Ostbahn habe im Namen des Marshalls Tschangtsolin erklärt, daß der Ostbahn keinerlei Gefahr drohe.

Japan droht Rußland mit Eingreifen.

Der japanische Generalkonsul in Schanghai erklärte dem Vertreter der Havas-Agentur gegenüber, daß infolge der Sowjetnote die Spannung zwischen Rußland und China in der Mandchurei, wo die Bevölkerung keine einheitliche sei, zu schweren Folgen führen könne. Für den Fall, daß der Ausbruch eines Krieges, der von nun ab in Erwägung gezogen werden müsse, zu Unruhen führen sollte, werde sich Japan zwecks Herstellung der Ruhe zum Eingreifen genötigt sehen. Der Generalkonsul erinnerte sodann an die bestehenden Verträge, die es den Sowjetvertretern verbieten, kommunistische Propaganda zu treiben. Japan könne gegenüber der Bolschewisierung Chinas nicht indifferent bleiben. Die japanische Regierung verfolge die Entwicklung der nationalen Bewegung in China mit Wohlwollen. Sie werde aber einen bolschewistischen Einfluß auf diese Bewegung nicht zugeben, da ein solcher Leben und Besitz der Japaner in China gefährde.

Eine russische Erklärung an Japan.

Riga, 12. April. Nach Meldungen aus Moskau hat die Sowjetregierung den russischen Votschafter in Tokio beauftragt, der japanischen Regierung eine Erklärung über die russische Politik in China zu überreichen. Darin erklärt die Sowjetregierung, daß sie keinerlei territoriale Gewinne in China verfolge. Der Votschafter soll noch in diesen Tagen den japanischen Außenminister aufsuchen, um sich mit ihm über die Lage in China zu besprechen.

Abberufung der chinesischen Konsuln aus Rußland?

Wie aus Moskau gemeldet wird, soll Marshall Tschangtsolin sämtliche chinesischen Konsuln aus der Sowjetunion abberufen und die vollständige Schließung der russischen Votschaft in Peking verlangt haben.

Marshall Tschangtsolin hat in Peking eine Ausstellung der bei den Russen gelegentlich der Beschlagnahme des russischen Schiffes gefundenen Dokumente angeordnet. Die Sowjetbotschaft hat aus diesem Anlaß einen neuen Protest bei der Zentralregierung eingereicht.

China-Beratung des Washingtoner Kabinetts.

New York, 12. April. Die amerikanische Regierung beschäftigt sich heute mit der gegenwärtigen Lage in China. Von amtlicher Seite wird der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß die in der Note der Mächte wegen der Nanking Zwischenfälle erhobenen Forderungen von der Kantonregierung angenommen werden würden.

New York. Nach Washingtoner Meldungen hat Staatssekretär Kellogg in einer Unterredung mit dem englischen Votschafter erklärt, daß Amerika sich für den Fall einer Ablehnung der Forderungen der Mächte an Kanton an einer Blockade nicht beteiligen würde.

wurde. In gleicher Weise wandte sich Churcill auch gegen drastische Herabsetzungen der Ausgaben für Unterricht, Gesundheitspflege usw. Zur Balancierung des Etats schlug Churcill Einführung neuer Steuern und Erhöhungen der gewöhnlichen indirekten Steuern vor. Andererseits sollen drei Ministerien abgebaut werden.

Ein südslawisch-bulgarischer Grenzzwischenfall.

Sofia, 12. April. An der südslawisch-bulgarischen Grenze hat sich heute ein blutiger Zwischenfall abgespielt. Ein südslawischer Soldat, der die Grenze bewaffnet überschritten hatte und von der bulgarischen Grenztruppe aufgefordert wurde, sich zurückzuziehen, erschoss einen bulgarischen Unteroffizier und flüchtete über die Grenze. Zur Untersuchung des Tatbestandes wurde eine bulgarische Kommission an die Grenze entsandt.

Für eilige Leser.

* In Ballenstedt am Harz ist das frühere Mitglied des Berliner Schauspielhauses, Arthur Bollmer, im Alter von 78 Jahren gestorben.

* In Weinheim an der Bergstraße begann am Dienstag eine Konferenz sämtlicher deutscher Reichsbahndirektoren unter dem Vorsitz des Reichsbahndirektors Kleinmann aus Essen.

* Der Prozeß in Colmar hat gestern nachmittags mit dem Freispruch des Angeklagten Helsey sein Ende gefunden.

* In einer Grube bei Barnsley ereignete sich am Dienstag eine Explosion, bei der drei Mann getötet wurden.

* Wie amtlich gemeldet wird, sind die liberalen Truppen in Nicaragua in einer Schlacht bei Cerro Ceballo entscheidend geschlagen worden.

Die Polen in Deutschland.

(Zum bevorstehenden Kongreß der Auslandspolen in Warschau.)
Von Adolf Eichler.

Die Deutschen im slawischen Osten fühlen und fühlen sich auch ohne politische Vereinigung mit dem Deutschen Reich als lebendige Glieder der deutschen Kulturgemeinschaft. Die Polen im deutschen Osten aber können sich die geistige Zusammengehörigkeit mit dem polnischen Volke nicht ohne politische Einheit mit dem polnischen Staate denken. Die deutsche Katastrophe im Osten ist darauf zurückzuführen, daß dem Vorkriegsdeutschen im Reich mit seinem kühlen Sinne für das Vernünftige und Erreichbare das Verständnis für den Nachwillen und die phantastischen Hoffnungen der Polen abging. Noch kurz vor dem deutschen Zusammenbruch, den die Polen kommen sahen und fördern, wurde dem Polentum inner- und außerhalb der deutschen Reichsgrenzen Mäßigung gepredigt. Man forderte von ihnen die Reife des Verzichtes und wußte nicht — trotz tausendfacher unzweideutiger polnischer Kundgebungen — daß der Pole keine Resignation kennt; man wußte nicht, daß er den sachlichen Deutschen an Opferfähigkeit übertrifft und daß, während der Deutsche noch erwägt, der Pole schon im verwegenen Spiel der Kräfte sein ganzes nationales Sein auf eine Karte setzt.

Der eigentliche nationale Kampfboden, auf dem sich übersteigert polnischer Nationalismus, traditionelles Verschwörerentum und hemmungslose Forderungsbestrebungen auch heute noch im größten Ausmaß entfalten, sind die deutschen Ostgebiete. Ein weitverbreitetes Vereinsnetz bietet den polnischen Führern — die sich eben zur Beschickung des Auslandspolenkongresses in Warschau rüsten — reiche Betätigungsmöglichkeiten. Ihren politischen Zusammenschluß erreichten sie im Bund der Polen in Deutschland, der 6 Landesabteilungen und in Berlin ein Generalsekretariat mit eigenem Organ besitzt. Ein Emigrantenbund in Erfurt und eine Reihe von Berufsverbänden wollen die wirtschaftlichen Interessen ihrer Mitglieder wahrnehmen. Der Verband der polnischen Schulvereine in Deutschland, an dessen Spitze der polnische Abgeordnete im preussischen Landtag Baczewski steht, unterhält nicht nur im Osten des Reiches, sondern auch im rheinisch-westfälischen Industriebezirk eine Reihe polnischer Schulen. Die Mittel zu dem Unterhalt des polnischen Schulwesens erhält er vom Adam Mickiewicz-Verein in Warschau, der es als seine Aufgabe bezeichnet, „möglichst ergiebige kulturelle Hilfe den Landsleuten zu bringen, die im heftigen Kampf um die Muttersprache und die nationale Existenz in den Grenzgebieten stehen, die infolge ungünstiger politischer Konjunkturen gegenwärtig dem polnischen Staat nicht einverleibt sind.“ Zu diesen Grenzgebieten rechnet der Mickiewicz-Verein u. a. den bei Deutschland verbliebenen Teil Oberschlesiens, den Danziger Freistaat und Ostpreußen. Auch der durch seine Entdeutschungsaktionen in Westpolen und Oberschlesien bekannte Westmarkenverein greift mit seiner Arbeit nach Deutschland hinüber. Er unterhält aus einem mit Staatsgeldern ausgefüllten Fonds die polnischen Schulen im deutschen Westen und läßt mit Mitteln, die derselben Quelle entstammen, 60 junge Leute preussischer Staatsangehörigkeit in Polen erziehen, um sie später zur Propaganda in den „unerlösten Gebieten“ zu verwenden.

Der Verband der polnischen Sokols, der stark politisierten Turnvereine, zählte im Jahre 1925 (für 1926 sind die Zahlen nicht bekannt gegeben) 42 Vereine mit rund 1200 Mitgliedern. Der deutschfeindliche „Kurjer Poznanski“ in Posen nennt die Sokol-Vereine „die stärksten und lebenskräftigsten Vorposten des polnisch-nationalen Lebens in Deutschland.“ Er bekämpfte deshalb auch den im Januar d. J. auf dem Verbandstag in Essen gefaßten Beschluß, die Sokol-Vereine in einfache Turn- und Sportvereine umzuwandeln. Im März d. J. faßte übrigens eine Gauerversammlung der Berliner Sokol-Vereine eine Entschlieung, in der die Essener Beschlüsse mit höchster Entrüstung abgelehnt wurden.

Daneben bestehen noch Verbände der polnischen Gesangsvereine und eine Umnege von Jugend- und kirchlichen Vereinen, die alle neben religiösen auch nationale Ziele verfolgen und zu Verbänden zusammengeschlossen sind. Auch polnische Studentenvverbände sind vorhanden.

Ueber die polnischen Vereine in Berlin urteilt das Organ des Bundes der Polen in Deutschland, „daß sie seit jeher sich nicht nur zum Nutzen der Polen in der Fremde, sondern auch für das Wohl der Heimat betätigten, so daß ihnen zum großen Teil das zu danken sei, was Polen heute darstellt.“

Der Verband der Berliner polnischen Vereine umfasst heute 38 verschiedene Verbände. Der größte Teil der organisierten polnischen Bevölkerung Berlins steht, soweit sich ihre Stelluna-

800 Millionen Defizit in England.

Churchill über den englischen Haushalt.

Das Englische Unterhaus verriet über den Haushaltsplan, der mit einem Defizit von etwa 800 Millionen Mark abschließt, das das größte Friedensdefizit in der Geschichte des britischen Schatzkammers und vor allem auf den Grubenstreik des letzten Jahres zurückzuführen ist.

Aus der Rede des Schatzkanzlers Churchill, der den Haushaltsplan eingehend begründete, ist für Deutschland von besonderem Interesse, daß sich Churchill trotz dieses Defizits strikt gegen eine Ermäßigung der Ausgaben um etwa 250 Millionen aussprach. Der Schatzkanzler meinte, daß eine solche Ermäßigung in England wahrscheinlich eine Panik hervorgerufen